



Freie Wähler - Mannheimer Liste • E 5 • 68159 Mannheim

Oberbürgermeister der Stadt Mannheim
Herrn Dr. Peter Kurz
Rathaus E 5
68159 Mannheim

Prof. Dr. Achim Weizel
Fraktionsvorsitzender

Holger Schmid
stellv. Fraktionsvorsitzender

Christiane Fuchs
Stadträtin

Christopher Probst
Stadtrat

Mannheim, 4. Oktober 2021

Antrag zur Sitzung des Gemeinderats am 05.10.2021

Durchsetzung des Parkverbotes auf den Gehwegen aussetzen

Der Gemeinderat möge folgendes beschließen:

1. Die Durchsetzung des Parkverbots auf Gehwegen im gesamten Stadtgebiet wird ausgesetzt, bis ein tragfähiges Konzept erstellt und vom Gemeinderat beschlossen ist und die Bevölkerung über das Konzept und den Zeitplan der Umsetzung ausreichend informiert wurde.

Die Verwaltung erstellt ein Konzept, das einen tragfähigen Kompromiss für alle Verkehrsteilnehmer darstellt und möglichst viele Stellplätze an den Straßen erhält. Das Konzept wird den Bezirksbeiräten vorgestellt und mit diesen diskutiert, um den Sachverstand vor Ort zu nutzen und in die Entscheidungen der gemeinderätlichen Gremien einfließen zu lassen.

Begründung:

In Mannheim wird seit einiger Zeit das Gehweg-parken im gesamten Stadtgebiet auf Grund eines Erlasses des Landesverkehrsministeriums sanktioniert. Dieser zwingt die Verwaltung, konsequent durchzugreifen – und damit die Zahl der Parkplätze binnen kurzer Zeit deutlich zu reduzieren.

Eine Vorab-Information der Stadt über das entsprechende Vorgehen erfolgte nicht.

Dieses Vorgehen hat im gesamten Stadtgebiet erheblichen Unmut und zahlreiche Beschwerden von Anwohnern ausgelöst.

Rein rechtlich ist Parken auf dem Gehweg grundsätzlich verboten. Von einem Sprecher des Verkehrsministeriums wurde erklärt, dass das Gehweg-parken nur nach sorgfältiger Prüfung und mit entsprechender Beschilderung in Ausnahmefällen erlaubt werden könne.

In dem Erlass des Landes aus dem vergangenen Jahr wird eine Mindest-Rest-Breite von 1,50 Meter festgelegt, die auch für die nachgeordneten Behörden, also die Kommunen, bindend sind. Die Stadt habe laut Ministeriumssprecher nicht das Recht, eine andere pauschale Grenze festzulegen. Eine solche Regelung habe einen Ermessensausfall und damit die Rechtswidrigkeit der Entscheidung zur Folge.

Seite 1 von 2



Prof. Dr. Achim Weizel
Fraktionsvorsitzender

Holger Schmid
stellv. Fraktionsvorsitzender

Christiane Fuchs
Stadträtin

Christopher Probst
Stadtrat

Die Stadt Heidelberg dagegen geht bei der Umsetzung des Erlasses anders vor. Sie toleriert weiterhin das eigentlich illegale Abstellen von Autos auf dem Bordstein und das Gehweg-parken in vielen Straßen – ohne entsprechende Beschilderung, obwohl das Landesrecht eine klare Regelung vorgibt. Wo es ortskernüblich beziehungsweise aufgrund der örtlichen Beschaffenheit seit Jahrzehnten komplett oder zum größten Teil auf dem Gehweg geparkt wird, duldet die Stadt das Gehweg-parken weiterhin, und greift nur ein, wenn ein Auto weniger als 90 Zentimeter von der Hauswand entfernt steht. Diese Restbreite ist nach Aussage der Stadt nötig, damit auch Rollstuhlfahrer noch vorbeikommen. Bleibe genug Platz, sehe man bislang davon ab, Autofahrer zu verwarnen oder das Fahrzeug abzuschleppen.

Nach und nach soll in Heidelberg nun ein neues Parkkonzept erstellt und dann das Gehweg-parken unterbunden werden.

Nach Ansicht der Fraktion Freie Wähler – Mannheimer Liste sollte diese Regelung so auch in Mannheim umgesetzt werden.

Bei einer konsequenten Unterbindung des Gehwegparkens unter 1,50 Metern durch den Kommunalen Ordnungsdienst geht sehr viel Parkraum verloren. In manchen Stadtbezirken, insbesondere in den alten, engen Ortskernen ist es überhaupt nicht möglich, die vorgegebene Restbreite in zahlreichen Straßen frei zu halten, ohne dass alle Parkplätze in der Straße verloren gehen würden. Anderer, alternativer Parkraum, auch weit entfernt vom Wohnhaus oder der Wohnung, steht kurzfristig ebenfalls nicht zur Verfügung oder kann zur Verfügung gestellt werden.

Die Freien Wähler – Mannheimer Liste sind der Ansicht, dass das jetzige Vorgehen der Stadt und der Parkraum-Verlust nicht akzeptabel ist. Er führt zu massivem Ärger bei den Anwohnern und kann diesen nicht plausibel erklärt werden. Für eine hohe Akzeptanz bei der Reduzierung von Parkraum ist es aber nach unserer Ansicht entscheidend, dass keine Ad-hoc-Entscheidungen beim Gehweg-parken getroffen werden. Stattdessen sollte man sukzessive Gehwege freiräumen und dabei klare Zeithorizonte und Kriterien vorgeben.

Der Gemeinderat sollte deshalb die Umsetzung des Landeserlasses aussetzen, bis ein tragfähiges Konzept erstellt und vom Gemeinderat beschlossen ist und die Bevölkerung über das Konzept und den Zeitplan der Umsetzung ausreichend informiert wurde.

Mit freundlichen Grüßen

Prof. Dr. A. Weizel
Vorsitzender

H. Schmid
stellv. Vorsitzender

C. Fuchs
Stadträtin

C. Probst
Stadtrat